

FDP Baden-Württemberg

115. Landesparteitag

05.01.2017

Rede des Landesvorsitzenden

Michael Theurer MdEP

- Es gilt das gesprochene Wort -

2017 wird entscheidend sein. In diesem Jahr werden die Weichen gestellt.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

sehr geehrte Damen und Herren,

Wir stehen am Beginn eines deutschen Schicksalsjahres. Das klingt dramatisch. Und es ist dramatisch.

Denn es geht ums Ganze. Es geht nämlich um grundsätzliche Fragen: In was für einem Land wollen wir leben? Sachorientiert, offen, pragmatisch oder aber protektionistisch? Autoritär und dirigistisch oder liberal? Planwirtschaftlich oder marktwirtschaftlich?

Und für uns Freie Demokraten geht es um nichts weniger als um die parlamentarische Existenz. Liebe Parteifreunde: Als fortschrittsoffene Zukunftsoptimisten arbeiten wir dabei unter erschwerten Bedingungen.

Denn – Zitat:

„Oft sind Wahlscheidungen Ausdruck schlechter Gefühle. Der Angst, nicht mehr dazu zu gehören, etwas zu verlieren, was man heute hat und dem Eindruck, dass die Politik da oben gar nicht mehr zuhört und auch nicht weiß was los ist.“

In wenigen Worten skizziert die Bloggerin und Start-up-Unternehmerin Nora-Vanessa Wohler in einem „offenen Brief an die Parteien“ nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern das Unbehagen einer ganzen Generation.

Besser lässt es sich kaum auf den Punkt bringen, dieses diffuse Gefühl, dass etwas nicht stimmt in unserem Land. Nach einer Allensbach-Studie finden 46% der Wähler etablierter Parteien, dass diese zurecht einen Denkmäler bekommen haben. ? Strafmäler?

Wohler weiter „Etwas, was fehlt, ist gute Politik, Inhalte, die Menschen bewegen. [...] Und vielleicht auch, dass man wieder merken würde, welche Partei welche Positionen hat.“

Welche Parteien im Bundestag haben welche Positionen? Das ist oft schwer zu erkennen, denn sie unterscheiden sich kaum.

Die GroKo liefert sich einen Überbietungswettbewerb bei der Verteilung von Wahlgewinnen. Schwarze und Rote suchen ihr Heil in etatistischer Regulierung und Umverteilung. Rente mit 63, Erwerbsminderungsrente, Mütterrente, Entgeltgleichheitsgesetz, Mietpreisbremse, Regulierung von Zeit- und Werkverträgen. Staatsintervention am Fließband. Und als Opposition: Grüne und Linke Umverteilungsideologen, die statt dagegen zu halten stets noch mehr von der gleichen Droge wollen.

Am schwersten wiegt der Sündenfall Einheitsmindestlohn. Der ehemalige SPD-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hat Recht, wenn er beklagt, dass ausgerechnet unter der Führung einer CDU-Bundeskanzlerin die Tarifautonomie praktisch abgeschafft wurde.

Mit dem Einheitsmindestlohn wird der Preismechanismus außer Kraft gesetzt und damit das zentrale Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft über Bord geworfen. Angela Merkel hat das Erbe Ludwig Erharts verraten.

Fakt ist: Im Bundestag gibt es derzeit nur etatistische Parteien. Sie misstrauen den Bürgerinnen und Bürgern und setzen auf noch mehr staatliche Regulierung. Wir dagegen denken den Staat vom Einzelnen her. Wir vertrauen den Menschen und wollen, dass sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten können.

An dieser Maxime muss sich staatliches Handeln in Zukunft wieder mehr ausrichten. Täglich erhalten wir doch den Eindruck, dass der Staat sich einerseits in immer mehr Lebensbereiche regulierend einmischt, in den zentralen Kernaufgaben des Staates aber überfordert ist.

Zentrale Aufgabe des Staates ist es die innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten. Wir wollen den liberalen Rechtsstaat sichern und durchsetzen.

Der schreckliche Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin zeigt, dass Deutschland im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus steht. Das war bekannt. Nicht bekannt war, **wie** unzureichend offenbar die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern und die internationale Zusammenarbeit in Europa ist.

Die jetzt scheinbar zu Tage tretenden eklatanten Mängel müssen lückenlos aufgeklärt werden.

Es ist ein Trauerspiel, dass der Attentäter von Berlin – wie die Attentäter von Paris und Brüssel – ein polizeibekannter Gefährder war. Polizei und Sicherheitsbehörden ist es aber nicht gelungen, den Verdächtigen so zu überwachen, dass keine Gefahr mehr von ihm ausgeht. Wir Freien Demokraten wollen, dass Gefährder überwacht werden, nicht unbescholtene Normalbürger.

Der liberale Rechtsstaat wird auch mit dieser Herausforderung fertig.

Der liberale Rechtsstaat kann allerdings nicht dadurch verteidigt werden, dass Grund- und Bürgerrechte ausgehöhlt werden.

Wie lange soll das so weitergehen? Da gibt es ganz offensichtlich eklatante Versäumnisse im Gesetzesvollzug. Statt diese nun konsequent zu analysieren und zu beseitigen, beschließt die GroKo unmittelbar die Ausweitung der Videoüberwachung öffentlicher Plätze und damit eine weitere Einschränkung individueller Freiheitsrechte.

Jetzt streitet die schwarz-rote Koalition über neue Gesetze. Deutschland hat nicht zu wenige Gesetze, sondern Defizite im Gesetzesvollzug.

Wir brauchen nicht mehr Gesetze, sondern mehr Polizeibeamte.

Alles war bekannt, es wurde nur nichts getan.

Und der Bundesinnenminister hat nichts Besseres zu tun, als eine neue Sicherheitsarchitektur zu fordern.

Die Schwächen im Verfassungsschutz, insbesondere kleiner Landesämter, sind bekannt. Da kann man sich auch Mehrländerorganisationen vorstellen. Die Zentralisierung des Verfassungsschutzes auf Bundesebene ist eine Schnapsidee.

Die Kooperation der Sicherheitsbehörden der Länder und auf europäischer Ebene ist unzureichend, dazu brauchen wir aber weder eine Zentralisierungsoffensive noch eine Mammutbehörde des Bundes. Denkt man die Logik de Maizieres zu Ende, müsste der Verfassungsschutz in ganz Europa zentralisiert werden. Absurd!

Polizeibeamte brauchen einen klaren Auftrag und politische Rückendeckung bei schwierigen Einsätzen. Wie wichtig der Einsatz der Polizeibeamten ist, hat die Silvesternacht gezeigt. Diese blieb im Großen und Ganzen dieses Jahr friedlich, auch wegen der Präsenz der Polizei.

Die Kritik der Grünen-Vorsitzenden Simone Peter ist an den Haaren herbeigezogen. An dieser Stelle wollen wir einmal den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten dafür danken, dass sie in jeder Lage für uns ihre Knochen hinhalten.

Liberale haben sich nie gescheut, auch unbequeme Wahrheiten offen anzusprechen. Die veränderte Sicherheitslage erfordert von Deutschland größere Anstrengungen, auch für die Gewährleistung der äußeren Sicherheit.

Es reicht nicht aus, verteidigungsbereit zu sein. Man muss auch verteidigungsfähig sein.

Der Wehrbeauftragte stellt in seinem jüngsten Bericht fest: „Die Bundeswehr hat von allem zu wenig“.

Er spricht von existenziellen Ausrüstungslücken. Die Einsatzbereitschaft, Übung, Ausbildung und „im schlimmsten Fall Leib und Leben“ der Soldaten im Einsatz seien gefährdet. Der Fehlbestand beginne beim Großgerät wie Panzerhaubitzen, Transportflugzeugen, Hubschraubern oder Fregatten und er reiche bis zu Schutzwesten, Nachtsichtbrillen, Munition oder tauglichen Kampfstiefeln, schreibt die Welt.

Da sind doch ein paar Schrauben locker. Frau Verteidigungsministerin von der Leyen – das muss abgestellt werden, nicht nur bei den Tornados!

Wenn wir einen Blick auf den Globus werfen und uns die Sicherheitslage anschauen, reiht sich um Europa ein Konflikt an den anderen.

Ostukraine, Afghanistan, Syrien, Irak, Gaza, Ägypten, Libyen bis runter nach Mali.

In der Vergangenheit hat die NATO unsere Sicherheit garantiert. Die Wiederbelebung und die Stärkung der politischen und militärischen Zusammenarbeit im nordatlantischen Bündnis liegen in unserem unmittelbaren Interesse. Die Bundesregierung sollte deshalb mit den anderen europäischen NATO-Partnern alles daran setzen, dass Präsident Trump die Ankündigung des Kandidaten Trump nicht wahr macht, sich aus der NATO zurück zu ziehen.

Darüber hinaus muss die Europäische Union aber auch selbst handlungsfähig werden und eine Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln, die diesen Namen verdient.

Die Einigung Europas ist eine Unabhängigkeitserklärung gegenüber den USA. Und so etwas brauchen wir!

Die FDP fordert seit langem die Schaffung einer europäischen Armee. Derzeit geben die Mitgliedsstaaten der EU etwa 50% des Verteidigungsbudgets der USA aus, erhalten dafür aber nur 15% der militärischen Leistungsfähigkeit der US-Streitkräfte.

Durch die europäische Armee könnte entweder mit denselben Mitteln ein höheres Verteidigungsniveau erreicht werden oder dasselbe Verteidigungsniveau mit geringeren Ausgaben. Ein wichtiger Aspekt, wenn man sich vor allem vor Augen hält, dass das notorisch verschuldete Griechenland nach Großbritannien die höchsten Verteidigungsausgaben aufweist.

Überhaupt Europa: Wie geht es eigentlich weiter mit der europäischen Integration?

So offen wie diese Frage ist die Zukunft der Europäischen Union.

Das Unwahrscheinliche ist möglich geworden. Die Abstimmung über den Brexit hat dies gezeigt. Und es ist nicht auszuschließen, dass Marine Le Pen in Frankreich bei den Präsidentschaftswahlen die Stichwahl erreicht.

Übrigens, die russische Bank, die Le Pen Geld geliehen hat, ist mittlerweile pleite. Jetzt bekommt sie das Geld von ihrem Vater, mit dem sie sonst zerstritten ist.

Le Pen hat keinen Zweifel an ihrem Ziel gelassen. Wie in der Online-Ausgabe der FAZ vom 27. Juli 2015 nachzulesen ist, sagte sie - Zitat: „Ich will die EU zerstören.“

Ähnlich argumentiert auch Nigel Farage, der frühere Vorsitzende der UKIP in Großbritannien. Er hat die politische Bühne mitnichten verlassen, sondern jettet als politischer Wanderprediger auf Kosten des EU-Steuerzahlers von Hauptstadt zu Hauptstadt, um die Gegner der EU aufzuwiegeln und mit falschen Parolen zu füttern.

Auch in Deutschland entwickeln die Gegner der Europäischen Integration destruktive Kräfte. Es ist kein Geheimnis, dass die AfD eng mit dem Front National zusammenarbeitet. Von den Kontakten nach Russland ganz zu schweigen.

Wir Freien Demokraten halten dagegen und werben bei den Menschen um Unterstützung. Wenn es die EU nicht gäbe, müsste sie gerade jetzt erfunden werden.

Wer die EU zerstört, schadet auch unseren nationalen Interessen. Wer die EU zerstört, schadet Deutschland.

Wie kein anderes Land haben wir davon profitiert, dass wir von Freunden umgeben und die Grenzen offen sind. Gerade unsere exportorientierte Wirtschaft ist auf den gemeinsamen Binnenmarkt angewiesen.

Richtig ist: Die EU ist in schwerem Fahrwasser. Die Freien Demokraten sind nicht blind für die Schwierigkeiten und Probleme.

In wesentlichen Fragen – wie einer europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik, Schutz der Außengrenzen, gemeinsamer Terrorbekämpfung, Außen- und Sicherheitspolitik – scheitern gemeinsame Lösungen an der Verzagtheit und der Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten.

Die Krise Europas ist das Versagen der Nationalstaaten. Dies gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland und die in Berlin regierende Mehrheit.

Der Anspruch der Menschen an Europa und der Anspruch der EU-Entscheidungsträger an sich selbst einerseits und die Wirklichkeit der EU andererseits klaffen meilenweit auseinander.

Hören wir auf, die EU für Dinge verantwortlich zu machen, für die sie keine Kompetenzen hat. Beginnen wir, die EU so zu reformieren, dass sie zukunftsfähig wird. Die Antwort ist also nicht „mehr“ oder „weniger“ Europa, die Antwort ist ein besseres Europa!

Ich habe nicht den Eindruck, dass die Reform der EU zentraler Bestandteil der politischen Debatte in Deutschland ist. Die Bundeskanzlerin bringt es in der Diskursverweigerung zur wahren Meisterschaft. Und was für Deutschland die Mutti ist, ist für Baden-Württemberg der Opi.

Mit den großen Zukunftsfragen beschäftigt man sich weder in Berlin noch in Stuttgart.

Dabei erkennen immer mehr: Wir sind nicht auf den Wohlstand abonniert. Und immer deutlicher zeichnen sich Herausforderungen ab, für die wir alles andere als gut gewappnet sind.

Deutschland steckt im Reformstau.

Die Digitalisierung wird als vierte industrielle Revolution bezeichnet. Es ist aber keine Revolution, die auf die Industrie beschränkt ist.

Sie erfasst alle Lebensbereiche.

Aus dem Internet der Dinge (dem Internet of things) wird das Internet of everything.

Bereits bei der Landesvertreterversammlung in Donaueschingen habe ich darauf hingewiesen, dass in der Finanzindustrie könnten nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums 400.000 der insgesamt 640.000 Beschäftigten im Zuge von Fintech-Innovationen wie etwa „Robo-Advisern“ wegrationalisiert werden könnten.

Oder nehmen wir den Bereich der Logistik. Beim autonomen Fahren denkt im Moment jeder vor allem an den Pkw. In der Logistikbranche sind in Deutschland ca. 2,7 Millionen Menschen beschäftigt. Wie viele Arbeitsplätze aber können gesichert werden, wenn Versandunternehmen wie DHL oder Amazon eigene Postdrohnen einsetzen und die Lkw fahrerlos unterwegs sind?

Die erwarteten Veränderungen werden zurecht als Disruption bezeichnet. Nach allem was wir wissen, wird kein Stein auf dem anderen bleiben.

Ein chinesisches Sprichwort sagt:

„Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.“

In Baden-Württemberg nehmen manche diese Metapher zu wörtlich, in den USA auch. In Baden-Württemberg das mit den Windmühlen, in den USA das mit den Mauern.

Aber Spaß beiseite:

Die Disruption, die durch die technologische Entwicklung ausgelöst wird, erfordert sofortiges und entschlossenes Handeln.

Das beginnt beim Zugang zum Highspeed Internet. Bei den Glasfaseranschlüssen in der Fläche ist Deutschland Schlusslicht unter den Industrieländern. Das wollen wir ändern.

Minister Dobrindt sollte sich als Digitalminister lieber darum kümmern als um die vermurkste Maut!

In Stockholm, Tallinn und Korea startet dieses Jahr 5G. Bei uns soll das erst in zehn Jahren in die Fläche. Da muss Tempo gemacht werden!

Infrastruktur ist entscheidend. Aber noch entscheidender ist Bildung. Wir Freien Demokraten fordern die weltbeste Bildung für jeden. Dies ist ein hoher Anspruch.

Aber wer die besten Autos bauen will und die besten Maschinen und zukünftig die beste Industrie 4.0, der darf sich mit Mittelfeld nicht begnügen.

Aber genau da stehen wir in Baden-Württemberg. Das ist Konkursmasse von fünf Jahren grün-rot!

In der Studie Bildungstrend 2015 des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen etwa trennen den Baden-Württembergischen Schüler vom Leistungsstand Sachsens bei den Deutsch-Leistungen rund 30 Punkte, das entspricht in etwa dem Leistungsstand eines ganzen Schuljahres.

2009 belegten die baden-württembergischen Schüler gleichauf mit Bayern noch in sämtlichen Kompetenzen die Spitzenplätze. Heute liegen wir unter dem Bundesdurchschnitt. Wer solche Schwächen beim Erlernen der deutschen und der englischen Sprache aufweist, der wird sich auch beim Erlernen einer Programmiersprache schwertun.

Unsere Landtagsfraktion kämpft mit Uli Rülke und Timm Kern mit voller Kraft für den Schulfrieden.

Wir kämpfen dafür, dass nicht über Schulstrukturen debattiert wird, sondern gehandelt, um die Qualität des Unterrichts zu verbessern.

Wir kämpfen auch für die technische Ausstattung der Schulen. In vielen Klassen gibt es keine Ausstattung mit Tablets. Wo sie vorhanden sind, funktionieren sie häufig nicht oder können nicht richtig bedient werden. Wir brauchen eine Bildungspolitik, die die Schüler befähigt, sich die digitalen Welten zu erschließen.

Infrastruktur und Bildung sind die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Nach wie vor Weltmarktführer und Technologietreiber zu Hause.

Die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts hängt aber auch von der Attraktivität für junge Start-Up Firmen ab. Auch hier ist Baden-Württemberg gefährlich abgerutscht. Im jüngsten KfW-Gründungsmonitor belegt Baden-Württemberg von den westdeutschen Bundesländern nur noch den vorletzten Platz vor dem Saarland.

Das ist die rote Laterne. Das ist doch nicht die Liga, in der wir spielen wollen. Wie beim VfB reicht als langfristiges Ziel aber nicht der Wiederaufstieg in die Bundesliga, sondern die Champions League!

Frau Hoffmeister-Kraut: Als Wirtschaftsministerin hat man noch nicht viel von Ihnen gehört. Machen Sie das zur Chefsache! Drücken Sie aufs Tempo!

Wir können Digitalisierung und Globalisierung nicht aufhalten, aber wir können sie nutzen und gestalten. In jeder Veränderung liegt auch eine Chance.

Innovation wie der 3D-Drucker, autonome Roboter wie Drohnen und Assistenzroboter und oder auch die synthetische Biologie haben das Potential, unseren Wohlstand stark zu steigern. Und unsere einzige Chance als Land liegt darin, uns an die Spitze des technologischen Fortschritts zu setzen.

Regelrecht schädlich für die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft ist, dass Frau Nahles versucht über die Novelle des Zeit- und Werkvertragsrechts versucht, weltweit gesuchte IT-Experten und andere hochspezialisierte Freelancer über Paragraphen in Regelarbeitsverhältnisse zu zwingen. Währenddessen gewährt man diesen Fortschrittbeschleunigern in London, Singapur und im Silicon Valley die Freiheit, ihr Leben selbst zu gestalten.

Damit wir uns an die Spitze der Bewegung setzen können, müssen also die Weichen anders gestellt werden. Gerade deshalb ist es nicht egal, welche Parteien mit welchem Ergebnis in den Deutschen Bundestag gewählt werden.

Die Bundestagswahl ist eine Richtungswahl. Im Bundestag fehlt die Stimme der Freiheit. Es kommt auf uns an.

Nein, wir Liberalen haben keine Patentrezepte. Aber wir haben einen klaren Kompass. Wie in unserem Leitbild formuliert, orientieren wir uns an unseren Prinzipien:

Wir wollen einen Staat, der dort stark ist, wo seine Kernaufgaben liegen. Einen unkomplizierten Staat.

Wir wenden uns an die Menschen in unserem Land, die Verantwortung für sich und andere übernehmen wollen.

Die ihre Zukunft selbstbestimmt gestalten wollen. Die durch eigene Leistung vorankommen wollen. Die die Gängelung und Bevormundung satt haben.

Gemeinsam mit ihnen wollen wir die besten Lösungen für unser Land entwickeln. Freie Demokraten stehen für Wettbewerb. Wir wollen uns im offenen Wettstreit der Ideen behaupten.

Wir stehen für Fortschrittsoffenheit, Freiheitsliebe und faire Spielregeln. Dafür gehen wir raus, auf die Straßen und Plätze. Deshalb fordern wir die Gleichgesinnten auf, Mitglied zu werden und selbst zum Freiheitskämpfer zu werden.

Bei den Landtagswahlen haben wir als baden-württembergische Freie Demokraten die Gesamtstrategie der Bundespartei am erfolgreichsten umgesetzt. Darauf sind wir stolz.

Wir sind der Motor der Länderwende.

Wir freuen uns, dass mit unserem Fraktionsvorsitzenden Dr. Hans-Ulrich Rülke insgesamt 12 Apostel der Freiheit im Landtag ihre Stimme erheben.

Jetzt geht der Blick nach vorne. Die nächsten Landtagswahlen sind im Frühjahr: im Saarland in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen.

Wir halten zusammen. Wir unterstützen unsere Freunde dort nach Kräften. Diese Wahlen sind existentiell wichtig für den Gesamt-Erfolg der FDP.

Entscheidend für den Erfolg bei der Bundestagswahl kommt es aber auf uns hier in Baden-Württemberg, im Stammland der Liberalen an. Deshalb haben wir bereits begonnen, für den Landesverband eine Strategie zu entwickeln und gewähren zusammen mit den Beratern unserer europäischen liberalen Partei für jeden Wahlkreis konkrete Unterstützung.

Wir müssen im Land wieder ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen. Dann wird der Einzug in den deutschen Bundestag gelingen.

Wir können es. Das haben wir bei der Landtagswahl bewiesen. Jetzt gilt: wir wollen den Politikwechsel. Wir stehen nach der Wahl zu dem was wir vor der Wahl gesagt haben.

Das schafft Glaubwürdigkeit und Vertrauen.

In Donaueschingen haben wir hervorragende Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag nominiert. Mit diesem Team Baden-Württemberg gehen wir in die Wahl. Dieses Team braucht Ihre volle Unterstützung. Dieses Team handelt nach unseren Werten: Mutig, optimistisch, weltoffen, empathisch und lösungsorientiert.

Packen wir es gemeinsam an, dann werden wir gewinnen!